

Regierungsratsbeschluss

vom 26. März 2024

Nr. 2024/484

Vernehmlassung zur Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Verordnung über die politischen Rechte Schreiben an die Bundeskanzlei

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2023 eröffnet die Bundeskanzlei die Vernehmlassung zur Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Verordnung über die politischen Rechte. Die Staatskanzlei unterbreitet das Schreiben an die Bundeskanzlei zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an die Bundeskanzlei betreffend Vernehmlassung zur Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Verordnung über die politischen Rechte wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Bundeskanzlei vom 26. März 2024

Verteiler

Staatskanzlei (rol, jol/ett)
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)